

# Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dresden,  
Hahn & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:  
Gehr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn monatlich 6,00 M., durch die Post  
bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
6,50 M., Einzelnummer 20 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verkaufsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Abendblatt von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die vierstellige Kompatribelle 2,00 M., Familienanzeigen  
1,50 M., die vierstellige Reklametexte 6,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe  
ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung  
zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen für Briefüberlieferung 40 Pf.

Nr. 164

Dresden, Sonnabend den 16. Juli 1921

32. Jahrg.

## Das neue Parteiprogramm

Der kommende Parteitag der S. F. D. wird sich auch mit dem Entwurf, den die Kommission zur Revision unter der Leitung von Adolf Braun, dem Vorsitzenden des Parteivorstandes, überarbeitet hat, beschäftigen. Der Parteivorstand übertrug diesen Entwurf deshalb der Parteikommision zur Veröffentlichung. Zu diesem unten folgenden Artikel wird in etwa einer Woche ein Kommentar in der Parteizeitung veröffentlicht werden, der zu allen Teilen des Programms Stellung nehmen wird. Nach einer Einleitung werden die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands zur Zeit der Schaffung des Erörterungsprogramms wie in der Gegenwart dargelegt. Hieran werden sich wichtige Kapitel, in denen zu allen Teilen des Parteiprogramms Stellung genommen wird. An dem Buche arbeiten mit den Genossen Zuchow, und Wölfl und die Genossen Hoffmann, Cuno, Grotjahn, Paul Dirich, Hell, Hermann Müller, Franke, Hermann Müller, Berlin, War, Luard, Robert, Schmidt.

### Das S. F. D. Programm.

Ein Kommentar des Programmtextes unter Mitwirkung zahlreicher Genossen und Genossinnen, herausgegeben von Adolf Braun.

Der Parteivorstand erwartet, daß die Parteigenossen an möglichst vielen Orten Versammlungen abhalten mit der Tagesordnung: Das neue Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

### Der Programmtext

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der arbeitenden Volksmassen. Sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlstand aller Gesellschaftsklassen überwindende sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschaftlichen und kulturellen Aufgabe als unfähig erwiesen. Anstatt die Wohl- und Handhaben der Bevölkerung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern, hat sie die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in immer größerem Maße zurückgehalten. In der Gegenwart stehen wir vor der Aufgabe, diese Entwicklung wieder aufzunehmen und mit aller Kraft voranzutreiben.

Der Weltkrieg und das Verfalljahr haben diese Entwicklung zurückgehalten. Schlimmer denn je stehen sich Kapital und Arbeit gegenüber. Die in dem Maße der kapitalistischen Wirtschaft bestehenden Tendenzen der fortschreitenden Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen sind noch verstärkt worden. In Industrie und Handel, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Verschärfungen und Verschärfungen, der Kartellierungen und Verschärfungen eingesetzt. Daraus sind erwachsen weitere unüberwindliche Wirtschaftskrisen und Kapitalverfall und alsbaldige zunehmende Trennung der Produktionsmittel und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vermeidung bisher selbständiger Erzeugnisse.

Innerhalb der kapitalistischen Welt wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Anstatt neue Wege zu suchen, die aus der kapitalistischen, Lebensmittelmangel und Weltwirtschaftskrisen erweisen. Die Weltwirtschaft ist zerfallen, in weltwirtschaftlicher Hinsicht ist die Weltwirtschaft zerfallen. Die Weltwirtschaft ist zerfallen, in weltwirtschaftlicher Hinsicht ist die Weltwirtschaft zerfallen.

Zu der kapitalistischen Welt, vor allem in den Vereinigten Staaten, hat diese Entwicklung der Wirtschaftslage, indem sie den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen vergrößert, zu imperialistischer Ausdehnung, zur Eroberung neuer Antriebs- und Absatzmärkte, zur Verwirklichung des gefährlichen internationalen Konflikts und schließlich zur Weltwirtschaftskrise beigetragen.

Die unüberwindlichen Krisen können nur dadurch überwunden werden, daß die großen internationalen Wirtschaftskrisen — wobei sie bereits zu Weltwirtschaftskrisen geworden sind — über eine das Weltwirtschaftssystem der Nationen beherrschende Weltwirtschaft kommen, — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Verwirklichung der kapitalistischen Produktionsmittel überführt und zugleich im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aufbau und Aufbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und höchsten Arbeitsproduktivität ergraben werden. Hierzu ist unerlässlich die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise sowie der kapitalistischen und politischen Herrschaftsverhältnisse der Klasse der arbeitenden Volksmassen, ferner die Errichtung der deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, einschließlich der Verwaltung, gegen jeden Versuch zur Wiederherstellung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Kaiserherrschaft.

Wie im Interesse des deutschen Volkes, so ist im Interesse der Welt die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und die Errichtung der sozialistischen Gemeinwirtschaft die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und die Errichtung der sozialistischen Gemeinwirtschaft.

Die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und die Errichtung der sozialistischen Gemeinwirtschaft ist die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und die Errichtung der sozialistischen Gemeinwirtschaft.

schließen der im August 1920 zu Genf reorganisierten Internationale zum Ausdruck gebracht ist.

Von diesen grundsätzlichen Maßnahmen ausgehend, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Vertreterin des werktätigen Volkes:

**Wirtschaftspolitische Forderungen**

1. Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder der einzelner Berufsgruppen voranzusetzen ist.
2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe und die Ausschaltung des kapitalistischen Profitzwanges.
3. Insbesondere sind die Lebensbedingungen und die Naturkräfte der Produktion auszunutzen, um sie im Dienst der Allgemeinheit nutzbar zu machen.
4. Bei allen Maßnahmen der Gemeinwirtschaft sollen die möglichst hohe Erzeugnisse in der Produktion und die soziale Befriedigung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden.
5. Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Trusts, Trusts).
6. Ausbau der Betriebe des Staates und der sozialen öffentlichen Betriebe unter demokratischer Verwaltung.
7. Förderung der Verbundbetriebsgemeinschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die uneigennütige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.
8. Vermögensfreiheit für die geistliche Leistung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Vermeidung bürokratischer Verschwendung.
9. Regelung der Arbeitsbedingungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieben nach Arbeitsverhältnissen, in denen zusammenfassend die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise beteiligt werden wie bei der Verwaltung der Betriebe.
10. Denkmöglichkeiten einer der Entscheidung dieser Angelegenheiten an eine Zentralinstanz.
11. Preisregelung unter Kontrolle des Staates beim anderen Handlicher Arbeitsschaffen durch Vertretungen der Berufstätigen der weiterarbeitenden Gemeinwirtschaft und der Verbände.
12. Entschädigung bei der Überführung des Privatbesitzes in Gemeinbesitz an den bisherigen Besitzer im Rahmen des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit.

**Agarfragen**

Im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Befestigung der proletarischen Grund- und Bodenbesitzer fordert die Sozialdemokratische Partei:

1. Für den Kleinbauern den genossenschaftlichen Betrieb zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und anderer landwirtschaftlicher Betriebsmittel.
2. Organisation des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

(Fortsetzung folgt)

## Der aufgeregte Geheimrat

Der sächsische Minister des Innern hat von dem Reich Gebrauch gemacht, für den Fall des Amtshauptmanns von Trebsitz einen Mann nach seinem Gutdünken vorzuschlagen. Daraufhin erließ im Trebsitzer Anzeiger unter der Überschrift „Amtshauptmann Müller“ ein offener Brief des Ministerialrats Dr. Wölfl an den Minister des Innern. In diesem Briefe heißt es:

Wie dem Vorschlag des neuen Amtshauptmanns sei der Beamtenschaft ein schwerer Schlag verhängt worden. Dem Staatsstreuen Ausbarten der Beamten sei es zu danken, daß das Staatsgefüge nach dem Umsturz zusammengehalten werden konnte. Die Bege, die seitdem gegen die Beamten eingeleitet habe, sei unerbittlich und in den meisten Fällen partei-egoistischen Motiven entsprungen. Die Beamtenschaft habe den Eid auf die Verfassung geschworen — sie stelle sich rückhaltlos auf den Boden dieser Verfassung, in den Dienst des neuen Staates. Sie sehe auf dem Standpunkt:

Wer die Verfassung beschworen hat, muß sie ehrlich und nach bestem Gewissen erfüllen. Wenn das nicht geht, der man gehen. Und schließlich die Staatsmacht! Wie kann man einige verunglückte Fälle von Entlassungen, einige wenige Widerredende der gesamten übrigen Beamtenschaft zur Last legen, die sich in ihrer Pflichtaufassung in den Dienst des Volkes stellt?

Darum könne es der Beamtenschaft nicht gleichgültig sein, wenn ihr bevorstünde, daß ihre Ausrückungsverhältnisse durch Einstellung von Nichtbeamten zunehmend verschlechtert würden. Das Wichtigste ist aber folgendes: Können Sie aufrechterhalten, daß die vorgenommene Ernennung durch eine Staatsnotwendigkeit geboten war?

Dieser offene Brief provoziert zweifellos die Stimmung der höheren Beamten und ihre Stellung zur Beamtenernennungsfrage wider. Aber der Briefschreiber geht vor allen Dingen um einen Punkt, den wir in solchen Diskussionen mehrfach in den Vordergrund gerückt haben, herum: Hat eine Regierung das Recht, einen Mann auch nicht jedwännlich geschulten, so doch aber zuverlässigen politischen Menschen in eine leitende Verwaltungsstelle einzusetzen, wenn es die Sicherheit des Staates erfordert? Es wäre schön, wenn obige Überforderung von der Seite der höheren Beamten zur republikanischen Verfassung wirklich zuträfe. Wir hören es dauernd, feldt aus den Kreisen höherer Beamten, umgekehrt! Wir hören, daß gewisse republikanische und demokratische Staatsnotwendigkeiten von einem Teil der Beamten gleichgültig behandelt, umhandelt oder gar ignoriert werden. Wir glauben gern und wissen es, daß es auch höhere Beamte gibt, die es mit ihrem Eid genau nehmen und auch für die Republik und die Demokratie ihr Bestes einbringen, aber ob dieser Stamm ebener Beamten genügt, um

den Willen der vom Volke eingesetzten Regierung zur Erfüllung zu bringen — das ist eine Frage, die von den meisten Beamten verneint wird.

Von diesen Erwägungen ausgehend, haben sozialistische Regierungen in leitende Verwaltungsstellen ihnen zuverlässig künftige Politiker eingesetzt. Sie haben dazu nicht nur das Recht, sondern, da Staatsnotwendigkeiten zweifellos vorliegen, ist eine solche Vertiefung der republikanischen Sicherung ihre Pflicht. Wie weit Herr Wölfl die allgemeine Planung für einen solchen Fall hat, können wir nicht beurteilen. Aber was wir unter allen Umständen für notwendig halten, ist die Demokratisierung der Verwaltung durch Einsetzung tüchtiger, zuverlässiger Politiker in Verwaltungsdienste.

Der offene Brief des Herrn Dr. Wölfl wird von der Telegraphen-Union mitteilen an die Presse weitergeben. Denn schließlich ist es ein Angriff auf einen sozialistischen Minister. Die sozialdemokratische Presse hat mehrfach die Gründe dargelegt, die eine sozialistisch-republikanische Regierung zwingen, Nichtbeamte aus Gründen der Staatsnotwendigkeiten in höhere Verwaltungsstellen einzusetzen. Wir fragen hiermit die Telegraphen-Union an, ob sie auch nur eine dieser Begründungen als Antwort auf die Erwägung unter den höheren Beamten je weitergegeben hat, und ob sie dieses Verfahren eines einst Verdrängung nennen will, die von der Telegraphen-Union ihren Abnehmern gegenüber als neutral und unparteiisch ausgegeben werden kann?

### Eine Beamtenerklärung

Der Wunsch der sächsischen Staatsbeamten nach der sächsischen Verwaltungsbeamten und erklären, daß sie mit den die Frage der Verlegung des Amtshauptmanns durch die Regierung erörternden Verhandlungen im Trebsitzer Anzeiger nicht zu tun haben. Sie sehen es als sich an Verhandlungen in der Öffentlichkeit drängen zu lassen, von welcher Seite es auch sei. Die Ernennung des Amtshauptmanns Müller zum Amtshauptmann in Trebsitz fordert selbstverständlich den sächsischen Beamtenschaft der gesamten Beamtenschaft heraus. Es ist nämlich und schließlich alles verhandelt worden, diesen Schritt zu überwinden. Die beiden Beamtenschaftsklassen werden sich deshalb auf ihrer in Trebsitz im sächsischen Beamtenschaftsklassen mit diesem durch nicht nur die anderen Klassen gegen das Beamtenschaftsklassen einigend zu befähigen haben.

### Protest der Demokraten und Volksparteier

Dresden, 16. Juli. Neben der Deutschen Volkspartei, die auch die sozialdemokratische Beamtenschaft einwirft, ist die Regierung gerichtet, die Ernennung des unzulässigen Parteireferenten Müller zum Amtshauptmann von Trebsitz.